

# Ohne Ausgleich ist 1:1 wie 2:1

Von Prof. Dr. KLAUS STEINITZ, PDS-Volkskammerfraktion

Durch den Sprecher der Regierung der DDR wurden auf der Pressekonferenz am 2. 5. einige Einzelheiten der offensichtlich ausgehandelten Umtauschverhältnisse von Mark in D-Mark bei der Währungsunion mitgeteilt. Für Löhne und Gehälter soll ein Umtausch im Verhältnis von 1:1 erfolgen. Stichtag ist der 1. 5. 1990, damit jede Möglichkeit von Lohn- und Gehaltserhöhungen für den Umtausch wirkungslos bleibt. Ein Ausgleich für den Subventionsabbau bei den Preisen ist nicht vorgesehen.

Hierzu ist festzustellen, daß bekanntlich zur Zeit die Löhne in der BRD brutto dreimal und netto 2,2mal so hoch sind wie in der DDR. Das entspricht den ökonomischen Realitäten, speziell den vorhandenen Unterschieden im Produktivitätsniveau. Hinzu kommt, daß die Nettolöhne durch die Anpassung an das Sozialversicherungssystem der BRD sinken. An Stelle des Einheitsatzes von 10 Prozent für Sozialversicherung (Pflichtversicherung bis zur Grenze von 600,- Mark und Freiwillige Zusatzversicherungen bis 1200,- Mark bzw. tatsächliche Einkommen) sollen künftig von den Werktätigen nach dem BRD-Modell insgesamt 18 Prozent vom Bruttolohn Sozialabzüge geleistet werden. Das sind im einzelnen

- 9,35 Prozent für die Rentenversicherung,
- 6,5 Prozent für die Krankenversicherung,
- 2,15 Prozent für die Arbeitslosenversicherung.

Ob die gegenüber den Regelungen in der DDR günstigeren Lohn-

steuersätze der BRD übernommen werden sollen, bleibt offen.

Nicht zu akzeptieren ist die Umstellung der Löhne ohne Ausgleichszahlungen für Subventionsabbau und Preisreform in der DDR. Mit der Währungsunion werden sich die Preise in der DDR fast schlagartig an das Niveau der BRD angleichen. Die Subventionen für Lebensmittel, Industriewaren u. a. in Höhe von etwa 50 Milliarden Mark würden wegfallen. Das würde die Nettoeinkommen der Bevölkerung bedeutend entwerten.

Völlig unverstündlich ist unter diesen Bedingungen die Ankündigung des Ministers für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft, Dr. Axel Viehweger, die „Kaltmieten“ in 3 Stufen auf 233 %, 355 % und schließlich auf 600 % zu erhöhen. Für Energie und Wasser soll der Preis je Quadratmeter von 0,40 M auf 2,10 M steigen.

Insgesamt kann man dem FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff zustimmen, wenn er sagt: „Die Umstellung der Löhne und Gehälter im Verhältnis 1:1 läuft ohne Ausgleichszahlungen auf das gleiche hinaus wie ein Umtauschkurs von 2:1.“

Für den Umtausch der Spar-

einlagen und der Bargeldbeträge ist ein Verhältnis von 1:1 nur vorgesehen bei Kindern bis zum 14. Lebensjahr in Höhe von 2000,- Mark, bei Bürgern im Alter bis zu 59 Jahren in Höhe von 4000,- Mark und ab 60 Jahren in Höhe bis 6000,- Mark. Für alle darüber liegenden Beträge soll ein Umtauschkurs von 2:1 gelten. Für die Bevölkerung der DDR würde das bedeuten, daß rund

zwei Drittel der Sparguthaben und Bargeldbeträge von insgesamt 175,9 Milliarden Mark um die Hälfte abgewertet werden. Ein Verlust von fast 60 Milliarden Mark gesparten Geldes ist ein Preis für die Währungsunion, der von der DDR-Bevölkerung gezahlt werden soll. Das schneibare Zustandnis an die älteren Bürger zu Lasten der Familien mit Kindern erweist sich zudem noch als ein Geschäft für die BRD-Regierung: den 2,8 Millionen Bürgern über 60 Jahre stehen rund 3 Millionen Kinder bis 14 Jahre gegenüber. Selbst bei einem Umtauschverhältnis von 1:1 tritt durch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten eine Entwertung der Sparguthaben, vor allem bei Bürgern mit niedrigem Einkommen, ein.

Von Instituten der BRD sowie der DDR entsprechend internationalen Methoden durchgeführte Kaufkraftvergleiche nach Warenkörben haben ergeben, daß im Bevölkerungsbereich ein Kurs von 1:1 ökonomisch real ist.

Aus all den genannten Gründen halten wir einen Umtausch aller Sparanlagen - unabhängig von ihrer Höhe - im Verhältnis 1:1 für gerechtfertigt.

Eine sozial begründete zeitlich gestaffelte Freigabe der Sparnisse mit dem Ziel, einer Inflation vorzubeugen, würde nach unserer Auffassung das Verständnis vieler Bürger finden - eine Abwertung aber nicht.

Wir sind auf der Seite der Bürger, die erklären, daß sie eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage im Gefolge der Währungsunion nicht kampflos hinzunehmen werden.

Dr. Christian Stöckel, „Fahlberg-List“

## Umweltgefahr war uns im vollen Maß nicht bekannt

Von BIRGITT PÖTZSCH

Nachdem am vergangenen Montag die Besatzung des Greenpeace-Schiffes „Beluga“ die in die Elbe fließenden Abwasserrohre des Magdeburger Chemiebetriebes „Fahlberg-List“ dicht gemacht hatte (wir berichteten darüber in unserer Mittwochs-Ausgabe), beschloß die Betriebsleitung umgehend die sofortige Stilllegung „besonders umweltgefährdender“ Produktionsabschnitte. Betriebsleitung, Wasserwirtschaftsdirektion und Greenpeace-Mitarbeiter berieten nun am Mittwoch gemeinsam über die Zukunft des über 100jährigen Chemiebetriebes. ND sprach mit dem Betriebsleiter von „Fahlberg-List“, Dr. Christian Stöckel.

Wie beurteilen Sie den Einsatz von Greenpeace?

Diese internationale Umweltschutzorganisation ist ja so etwas wie ein schlechtes Gewissen. Doch ich habe den Mitarbeitern die Empfehlung gegeben, künftig ähnlich spektakuläre Aktionen zu vermeiden. Wenn sie einfach Rohre zustopfen, machen sie zwar recht eindrucksvoll auf bestehende Mißstände aufmerksam. Sie können jedoch auftretende Sekundärreaktionen nicht einschätzen, weil sie die betrieblichen Abläufe nicht kennen. Ein sachliches Gespräch sehe ich als angebrachter.

Dieses führten Sie ja nun am Mittwoch. Kam es dabei zu einem Konsens?

Wir waren uns darin einig, daß es gilt, Umweltschäden zu ver-

meiden. Konträr standen unsere Meinungen jedoch zum Zeitpunkt. Wir haben in zwei Betriebsabteilungen und zwei weiteren Produktionsabschnitten, die Ende des Jahres gerade wegen der von ihnen ausgehenden ökologischen Belastungen ohnehin geschlossen werden sollten, die Arbeit umgehend eingestellt. Bei der Herstellung von Herbiziden, die auf Zuckerrübenflächen zum Einsatz kommen, fällt das toxische Benzol an. Hier wollen wir nicht, wie Greenpeace es verlangt, sofort schließen, sondern kurzfristig Apparaturen zur Verringerung des Benzolgehaltes im Abwasser installieren.

Die Schließung einiger Betriebs-teile hat auch die Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge. Was wird mit den davon betroffenen Werk-tätigen?

Es handelt sich konkret um 80 Frauen und Männer, die jedoch an anderen Arbeitsplätzen im Betrieb neue Tätigkeiten finden. Dafür reicht die finanzielle Kraft noch aus.

Die chemische Belastung, die Greenpeace in den Abwasser-rohren von „Fahlberg-List“ ermit-telt, ließ manchen Fachmann erschauern. Kannten Sie die Ge-fahren, die für die Elbe von Ihrem Betrieb ausgingen?

Längst nicht im erforderlichen Ausmaß. Unsere Produkte sind in der Pharmazie wie in der Landwirtschaft auch im Ausland gefragt. Das Geld für moderne Meßgeräte mit hoher Empfindlichkeit bekamen wir jedoch bisher nicht zugeteilt.

# UMSCHAU

## Bald Sanierungsplan für Bitterfeld

**Bitterfeld** (ND-Brockhaus). In einem ökologischen Prioritätenkatalog für die DDR müßte der Raum Bitterfeld oben an stehen. Von der Berechtigung dieser Forderung der Bürger dieses Gebietes und der Umweltpolizei überzeugte sich am Mittwoch Ministerpräsident Lothar de Maiziere in der Industriekreisstadt und im Chemiekombinat.

Lothar de Maiziere kündigte an, daß im Ministerrat ein komplexes Programm für Bitterfeld und Wolffen beschlossen wird. Es beinhaltet kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, darunter in nächster Zeit die Schließung besonders umweltbelastender Anlagen. Bei allem sei Augenmaß erforderlich, denn der Industriestandort Bitterfeld soll u. a. mit neuen Betrieben erhalten werden.

## Forum-Leute wollen ihre Stasi-Akten sehen

**Berlin** (ADN). Einsicht in die über sie eventuell vorhandenen Stasi-Akten hat der Sprecher des Neuen Forums in Berlin gefordert. Zwölf der 15 Mitglieder des Landesprecherrates waren am Mittwochvormittag vor das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft gezogen und hatten einen diesbezüglichen Brief übergeben. Darin wird nachdrücklich ihre eigene Überprüfung hinsichtlich einer eventuellen

## Viele DDR-Stahlkocher künftig ohne Arbeit

**Berlin** (ADN). Nach einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) wird fast jeder zweite der rund 82 000 Beschäftigten in der Stahlindustrie der DDR nach der Vereinigung beider deutscher Staaten seinen Arbeitsplatz verlieren.

## Eisenbahner ab Herbst in einer Gewerkschaft

**München** (ADN). Die Eisenbahnergewerkschaften der DDR und der Bundesrepublik werden sich voraussichtlich noch im Herbst diesen Jahres zusammenschließen, teilte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Rudi Schäfer, vor Journalisten in München mit. Gemeinsames Ziel sei die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen der DDR-Bahn an die der Bundesbahn.

Schäfer plädierte ferner für eine schnelle Verknüpfung der Schienenetze zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Gesamtausgaben schätzte er langfristig auf etwa 100 Milliarden D-Mark.

## Skinhead-Randale auf dem Wenzelsplatz

**Frag** (ADN). Eine Gruppe von rund 200 Skinheads und Punks hat am späten Abend des 1. Mai auf dem Prager Wenzelsplatz randaliert, meldete CTK am Mittwoch unter Bezugnahme auf einen Polizeisprecher. Die Rowdys hätten die Gegend regelrecht nach Farbigem durchkämmt. Während sich Roma und in der CSFR lebende Vietnamesen rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, seien zwei kanadische Touristen dunkler Hautfarbe überfallen und verletzt worden.

In der westböhmisches Industriestandort Pizeň war es am selben Tag zum ersten organisierten Überfall von Skinheads auf SRV-Bürger gekommen. Dabei wurde ein Wohnheim überfallen, in dem vietnamesische Beschäftigte der Skoda-Werke lebten.

## Neue Organisation in der UdSSR

**Moskau** (ADN). Eine neue unabhängige Arbeiterorganisation ist am Mittwoch in der UdSSR gegründet worden. Wie die „Iswestija“ berichtete, hatten Vertreter von rund 50 Arbeiterbewegungen, freien Gewerkschaften und Politikern des Landes auf einem Kongreß in der westsibirischen Stadt Nowokusnez das Statut der „Konföderation der Arbeit“ ausgearbeitet.

## Rotstift an Bushs Pentagon-Millionen

**Washington** (ADN). Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am Dienstag dem Haushaltsentwurf für das Jahr 1991 zugestimmt. Er sieht Ausgaben in Höhe von 1,2 Billionen Dollar und eine Beschneidung des Verteidigungsbudgets vor. In diesem Bereich sind 295,5 Millionen Dollar eingeplant, 8,3 Millionen Dollar weniger, als von US-Präsident George Bush gefordert.

Der Entwurf 1991 sieht ferner die Verringerung des Haushaltsdefizits um 36 Milliarden Dollar vor. Er muß jetzt noch im Senat erörtert werden.

## Mubarak will Syrien und Irak versöhnen

**Damaskus** (ADN). Eine Initiative zur Aussöhnung zwischen Syrien und Irak hat Ägyptens Präsident Hosni Mubarak dem syrischen Staatschef Hafez al-Assad unterbreitet. Wie am Mittwoch in Damaskus bekannt wurde, schlägt Mubarak vor, daß die Außenminister beider Länder noch im Mai in Kairo alle Streitfragen besprechen und einen syrisch-irakischen Gipfel vorbereiten sollen. Für die Normalisierung des Verhältnisses dürften keine Vorbedingungen gestellt werden.

Iraks Präsident Saddam Hussein hatte im Februar die Aussöhnung von einer öffentlichen Entschuldigung Assads für die syrische Unterstützung Irans im Golfkrieg abhängig gemacht.

## Untragbar

Legitim sind T-Shirts auch noch, wenn sie mit dem Komtefje Hitlers und der Aufzählung seiner Feldzüge bedruckt sind - die Überschrift „Adolf Hitler - Europaen Yo-Yo Champion 1939-1945“ macht sie zur Satire. Das Bundesverfassungsgericht gab mit diesem Urteil zwei bayerischen Kleinunternehmern recht, die zuvor in drei Instanzen wegen der Verwendung nationalsozialistischer Symbole verurteilt worden waren. Satire? Womöglich, aber kaum tragbar.

## Lafontaine an Deck, muß sich aber schonen



Telefoto: ADN/dpa

**Köln** (ADN). Der saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine ist am Mittwoch aus der Universitätsklinik Köln-Lindenthal entlassen worden. Die Gesundheit des SPD-Spitzenpolitikers, auf den vor einer Woche während einer Wahlkampferveranstaltung von einer geistesgestörten Frau ein Attentat verübt worden war, ist nach Angaben der Staatskanzlei in Saarbrücken so weit wiederhergestellt, daß kein weiterer Krankenhausaufenthalt vorgesehen ist.

Vor Journalisten sagte Lafontaine, er könne nicht mehr in die laufenden Landtagswahlkämpfe eingreifen. Er hätte gerne Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen und Gerhard Schröder in Niedersachsen geholfen.

Nach Auskunft der behandelnden Ärzte muß der saarländische Ministerpräsident sich noch schonen. „Dem Patienten wird eine Erholungsphase fernab jeglicher beruflicher Inanspruchnahme zur Wiederherstellung seiner Gesundheit dringend geraten“, heißt es in einer Erklärung.

## Abschlußdeklaration mit vielen Fragezeichen UNO-Tagung - ein hoffnungsloser Erfolg?

Von HEINZ JAKUBOWSKI

Die einen sprechen von Erfolg, die anderen von Hoffnungslosigkeit: Die am Dienstag in New York beendete Wirtschaftssonder-tagung der UNO gibt mit ihrer Abschlußdeklaration für beide Varianten gleichermaßen Anlaß. Die Errungenschaft: Eine zum Thema von Wirtschaftstragen der unterentwickelten Länder zustande gekommene Deklaration wie diese konnte im Konsens von 160 Mitgliedstaaten so erstmals erreicht werden. Der Nachteil: Fast alles, was in ihr über die Notwendigkeit der Wiederbelebung der Sozialökonomie in der Dritten Welt enthalten ist, hat durch unverbindlichen Charakter.

Wollen die Industriestaaten laut UNO-Papier nunmehr ihre Möglichkeiten stärker nutzen, um bessere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen für Entwicklungsländer zu schaffen, so mußte dafür z. B. der konkrete Vor-

schlag der „Gruppe der 77“ weichen, den am wenigsten entwickelten Staaten (LDC) ihre aus offizieller Entwicklungshilfe stammenden Schulden zu erlassen.

Konkret scheinbar geht's zu, wo es den „Armen“ gelungen ist, die Vorstellung zu fixieren, daß die Industrieland 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes als offizielle Entwicklungshilfe und weitere 0,15 Prozent als zusätzliche Unterstützung für die LDC-Staaten aufbringen sollten. Auch das allerdings bleibt eine durch niemanden einklagbare Empfehlung.

Vieles weitere klingt in diesem UNO-Papier ebenso gut. Erstmals ist in ihm die Verantwortung aller Staaten für den Schutz der Umwelt aufgenommen, will man den Entwicklungsländern diesbezüglich moderne Technologien anbieten. Auch soll der freie Welt-handel vor allem mit Rohstoffen

weiter von Protektionismus befreit werden.

Zum anderen muß es zu denken geben, daß der Vorschlag der „77“ keine Chance hatte, künftig einen Fonds „Abrüstung und Entwicklung“ einzurichten. Über-gelassen ist die Feststellung, daß eine „Friedensdividende“ aus einer hoffentlich voranschreitenden Abrüstung auch und gerade den Entwicklungsländern nutzbar werden soll. Einmal mehr indes - unverbindlich.

Eine weitere Sorge der meisten Konferenzteilnehmer wurde ebenfalls nicht ausgeräumt: Wird der Übergang Osteuropas zur Marktwirtschaft der Zweidrittel-welt letztlich nicht weitere Mittel entziehen? Das „Nein“ der europäischen und transatlantischen Minderheit in der UNO dürfte in den Ohren der Betroffenen wohl nicht sehr überzeugend geklungen haben...

## Litauen läßt Bereitschaft zum Dialog übermitteln

**Moskau** (ADN). Litauens Parlamentspräsident Vytautas Landsbergis hat Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Präsidenten François Mitterrand gebeten, der sowjetischen Führung das Einverständnis zu Verhandlungen über eine zeitlich begrenzte Aussetzung bestimmter Beschlüsse zur Unabhängigkeit der Ostseerepublik zu übermitteln. In gleichlautenden Schreiben an beide Politiker heißt es: „Wir streben den Dialog an und bekräftigen, daß über alle Fragen verhandelt werden kann, mit Ausnahme der am 11. März 1990 wiederhergestellten Unabhängigkeit des Staates Litauen.“

erhält seit dem 1. Mai einige Grundnahrungsmittel nur noch auf Zuteilung. Dazu sah sich die litauische Führung nach den sowjetischen Wirtschaftssanktionen gezwungen. Laut Vizepräsident Stankiavicius haben seit Beginn des Moskauer Embargos in Litauen 13 000 Beschäftigte ihre Arbeit verloren.

Premierministerin Prunskiene wird am heutigen Donnerstag in Washington mit USA-Präsident Bush zusammentreffen. Das bedeute keine Änderung des amerikanischen Kurses der Nicht-anerkennung der Unabhängigkeit Litauens“, betonte White-House-Sprecher Martin Fitzwater.

## Wahlkommission zu NA-Skandal: Wir können nicht handeln

In unserer gestrigen Ausgabe berichteten wir über eine Polizeiaktion in Berlin-Lichtenberg, bei der unter anderem der stellvertretende Parteivorsitzende der Nationalen Alternative (NA) verhaftet wurde, der am 6. Mai für die Stadtbezirksversammlung kandidiert. Bei der Durchsuchung des NA-Büros hatte die VP Propagandamaterial der Republikaner und aus der Nazizeit sichergestellt.

Dazu Pressesprecher Pfarrer Peer Bickhardt von der „Zentralen“ gegenüber ND: „Unser Gremium kann dies nicht entscheiden. Wir haben natürlich eine Position. Zunächst gilt, daß ein Verhafteter nicht belangt werden kann, solange das Verdachtsmaterial nicht hiebt- und stichfest ist. Dann ist es Aufgabe des Präsidiums der Volkskammer, die die NA ja zugelassen hat, beim Generalstaatsanwalt der DDR oder beim Bezirksgericht Berlin direkt den Antrag zu stellen auf Verbot dieser Partei. Bis zur Wahl können wir keine direkten Konsequenzen des Ausschusses ziehen. Wir können nicht eingreifen.“

RAINER FUNKE

## Gefilterte Luft für Zwickau

**Zwickau** (ADN). Das Heizwerk des VEB Steinkohlenerie Zwickau wird mit einer Elektrofilteranlage zur Entstaubung der Rauchgase ausgestattet. Die Technik stellt die BRD-Firma STEAG AG Essen zur Verfügung. Die ersten Ausrüstungen trafen am Mittwoch im DDR-Betrieb ein.

Der Filter war in einem 1988 stillgelegten Steinkohlenerie-Werk der STEAG AG in Bottrop installiert. Wie der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Dr. Hans Krämer, mitteilte, habe sich

seine Firma spontan bereit erklärt, die nicht mehr benötigte Anlage dem VEB zur Verfügung zu stellen. Unterstützt wird die Umsetzung durch einen 300 000-D-Mark-Kredit, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitstellte.

Die STEAG-Anlage vermag den Staubgehalt der Rauchgase des Zwickauer Heizwerkes um mehr als 99 Prozent von rund 10 000 Milligramm pro Kubikmeter auf weniger als 50 Milligramm zu verringern. Die Anlage soll Mitte 1991 in Betrieb gehen.

## Bilanz der 1.-Mai-Randale in Westberlin: 233 verletzte Polizisten, 140 Festnahmen



Frucht der Gewalt: brennende Fahrzeuge, darunter sechs der Polizei. Mit schwerer Technik beseitigte die Ordnungsmacht Barrikaden. Telefoto: ADN/AP

## Momper ist betroffen

233 verletzte Polizisten, vier davon schwer, 140 Festgenommene und ein beträchtlicher Sachschaden - so lautet die Bilanz der Kreuzberger Nacht vom 1. auf den 2. Mai. Wie das Westberliner Rote Kreuz mitteilte, seien 27 Verletzte in Krankenhäuser gebracht und 127 an Ort und Stelle versorgt worden.

Kurz nach 20 Uhr, ein Straßenfest autonomer Gruppen war gerade friedlich beendet worden, kam es zu ersten Provokationen im Bereich der Skalitzer Straße und am Lausitzer Platz. Kleine Gruppen teilweise verummert Randalierer warfen Flaschen und Pflastersteine gegen bereitstehende Polizeifahrzeuge, schossen Leuchtraketen gegen Absperrketten. Die Randalie waren offenbar gründlich vorbereitet worden, denn bereits am Nachmittag hatten Polizeibeamte auf einem Spielplatz in der Falckensteinstraße eine Reisetasche mit sogenannten Krähentfüßeln und rund 30 Molotowcocktails entdeckt.

Dienstagabend, gegen 21 Uhr, kreiste ein US-Hubschrauber über dem Görzitzer Park. Wasserwer-

fer, Schlagstöcke und Tränengas wurden eingesetzt, um die Ordnung wieder herzustellen. Die rund 500 Randalierer verstärkten die Steinwürfe - auch von Dächern hagelten Wurfgeschosse herab. Die Görzitzer Straße wurde ein Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Polizei fuhr hier wie in der Wiener Straße und der Oranienstraße gepanzertes Räumgerät auf. Der Betrieb auf der U-Bahn-Linie 1 mußte gegen 22.30 Uhr zwischen dem Kottbuser und dem Schlesischen Tor eingestellt werden. Augenzeugen wollen auch vereinzelte Plünderungen beobachtet haben. Sieben Festgenommene, die angeklagt werden, sollen laut AFP DDR-Bürger sein.

Die Polizei war in dieser Nacht mit über 3700 Mann im Einsatz, denn in anderen Westberliner Stadtteilen - beispielsweise in Lichtenrade - kam es zu Zusammenstößen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper, zeigte sich gegenüber der Presse betroffen. RENE HEILIG